S 30 R 3366/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung -

Kategorie Urteil Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Verjährung des Erstattungsanspruchs des

Rentenversicherungsträgers gegen den zuständigen Träger der Versorgungslast nach

§ 225 Abs 1 SGB VI - Vereinbarkeit mit

höherrangigem Recht

Leitsätze Die Bestimmung der Versorgungsausgleichs-

Erstattungsverordnung (VAErstV) in der bis zum 30.6.2020 geltenden Fassung, nach der die Verjährung des Erstattungsanspruchs mit Ablauf des Kalenderjahrs begann, in dem der

Anspruch durch Anforderung des

Rentenversicherungsträgers beim Träger der Versorgungslast fällig geworden ist, ist mit

höherrangigem Recht vereinbar.

Normenkette SGB I § 37; SGB VI § 225 Abs 1 S 1; SGB VI §

226 Abs 1; SGB X § 113 Abs 1 S 1; BGBEG Art 169; BGB § 214; BGB § 242; VAErstV § 2 Abs 3

; VAErstV § 2 Abs 4 S 1 F: 2001-10-09;

VAErstV § 2 Abs 4 S 1 F: 2020-06-12; GG Art

20 Abs 3; GG Art 80 Abs 1

1. Instanz

Aktenzeichen S 30 R 3366/18 Datum 28.08.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 16 R 670/19 Datum 26.02.2020

3. Instanz

Datum 07.04.2022

Â

Die Revision des Beklagten gegen das Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 26. Februar 2020 wird zurýckgewiesen. Der Beklagte trÄxgt auch die Kosten des Revisionsverfahrens.

Â

Gründe:

l

Â

1

Die Beteiligten streiten darýber, ob der beklagte Träger der Beamtenversorgung gegenüber dem klagenden Rentenversicherungsträger eine erst nach längerer Zeit angeforderte Erstattung von Rentenzahlungen, die auf einem Versorgungsausgleich beruhen, unter Berufung auf Verjährung oder Verwirkung ablehnen kann.

Â

2

Die Ehe der beim klagenden RentenversicherungstrĤger versicherten S (im Folgenden: Versicherte) mit dem im Dienst des beklagten Freistaats stehenden Beamten W wurde im Jahr 2000 geschieden. Zur Durchfýhrung des Versorgungsausgleichs begründete das Amtsgericht (*Urteil vom 25.10.2000, rechtskr*äftig seit dem 19.12.2000) bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), die seit dem 1.10.2005 unter dem Namen der Klägerin fortgeführt wird (*vgl Art 82 §Â 1 Satz 1 RVOrgG vom 9.12.2004, BGBl I 3242*), fþr die Versicherte eine zusätzliche Rentenanwartschaft zu Lasten der Versorgungsansprüche ihres bisherigen Ehemanns gegenüber dem Beklagten in Höhe von 1393,15 DM zum Stichtag 31.8.1999. Die Versicherte bezog seit April 1993 eine zunächst jeweils befristet gewährte Rente wegen Erwerbsminderung. Ab dem 1.1.2001 zahlte die Klägerin diese Rente mit einem Zuschlag von 28,8497 Entgeltpunkten aus dem Versorgungsausgleich.

Â

3

Bereits im Dezember 2000 hatte die BfA gegenüber dem Beklagten dem Grunde nach einen Erstattungsanspruch nach <u>§Â 225 SGB VI</u> angemeldet und gebeten, bis zu einer Bezifferung in gesonderten Anforderungsschreiben keine Zahlungen zu leisten. Der Beklagte beglich die Ende 2004 von der BfA bezifferten Erstattungsforderungen für die Jahre 2001 bis 2003. Mit Schreiben vom 4.1.2017 forderte die Klägerin den Beklagten auf, ua die in den Jahren 2004 bis 2015 an die Versicherte gezahlten, auf dem Versorgungsausgleich beruhenden Rentenleistungen in Höhe von 120Â 736,07 Euro zu erstatten. Der in dem

Schreiben für insgesamt 781 Rentenempfänger geforderte Erstattungsbetrag belief sich auf 4 884 758,38 Euro. Der Beklagte erhob mit Schreiben vom 6.10.2017 zu sieben Fällen Einwendungen. Für die Versicherte berief er sich hinsichtlich des Teilbetrags von 89 016,34 Euro für die Jahre 2004 bis 2012 auf Verjährung.

Â

4

Die KlĤgerin hat wegen des fĽr die Versicherte verweigerten Erstattungsbetrags am 23.10.2018 Leistungsklage erhoben. Das SG hat den Beklagten zur Zahlung von 89Â 016,34 Euro verurteilt (Urteil vom 28.8.2019). Die Berufung des Beklagten hat das LSG zurýckgewiesen (Urteil vom 26.2.2020). Der Erstattungsanspruch sei nach §Â 2 Abs 4 Satz 1 iVm §Â 2 Abs 3 der Verordnung über die Erstattung von Aufwendungen der TrĤger der Rentenversicherung im Rahmen des Versorgungsausgleichs (VAErstV $\hat{a} \square \square \hat{A}$ idF vom 9.10.2001, BGBI \hat{A} I 2628) nicht verjĤhrt. Nach diesen Regelungen trete die VerjĤhrung vier Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres ein, in dem der Erstattungsanspruch fÄxllig geworden sei. Da der Anspruch â∏mit Eingangâ∏ der Erstattungsanforderung beim Beklagten im Januar 2017 fÃxllig geworden sei, könne die VerjÃxhrung auch hinsichtlich der Forderungen fÃ1/4r die Jahre 2004 bis 2012 erst mit Ablauf des Jahres 2021 eintreten. Die Bestimmungen der VAErstV zur FAxlligkeit und VerjAxhrung des Erstattungsanspruchs seien durch die ErmÄxchtigungsgrundlage in § 226 SGB VI gedeckt. Eine analoge Anwendung der Ausschlussfrist in <u>§Â 111 Satz 1 SGBÂ X</u> sei mangels einer planwidrigen Regelungslýcke nicht möglich. Die Klägerin habe den Erstattungsanspruch auch nicht verwirkt.

Â

5

Der Beklagte rügt mit seiner vom BSG zugelassenen Revision eine Verletzung insbesondere von <u>§Â 2 VAErstV</u>, von <u>§Â 226 Abs 1 SGB VI</u> und von Art 20 Abs 3 GG. Ein wortlautgetreues Verständnis von <u>§Â 2 Abs 3</u> iVm Abs 4 Satz 1 VAErstV dahingehend, dass der RentenversicherungstrĤger die VerjĤhrung der Erstattungsansprļche faktisch unendlich hinauszĶgern kĶnne, sei vom Normgeber nicht beabsichtigt gewesen. Es sei davon auszugehen, dass es sich um einen redaktionellen Fehler handele. Eine Auslegung in diesem Sinne sei zudem nicht von der ErmĤchtigungsgrundlage in <u>§Â 226Â SGBÂ VI</u> gedeckt und widerspreche dem Gebot der Rechtssicherheit. Auch um WertungswidersprA¹/₄che zu den Regelungen in <u>§Â 111</u> und <u>§Â 113 Abs 1 Satz 2Â SGBÂ X</u> zu vermeiden, mýsse <u>§Â 2Â VAErstV</u> rechtsfortbildend im Wege einer teleologischen Reduktion des Wortlauts so ausgelegt werden, dass die Erstattungsansprļche entsprechend §Â 113 SGB X binnen vier Jahren ab Kenntnis verjährten. Jedenfalls sei hier Verwirkung eingetreten. Das hierfür erforderliche Umstandsmoment ergebe sich ua aus einem Schreiben des Beklagten an die KlĤgerin vom 6.10.2009 in einem anderen Verfahren, in dem der Vorschlag, den Ausgang eines Musterverfahrens

abzuwarten, abgelehnt und die Einrede der Verj \tilde{A} x hrung aufrechterhalten worden sei.
Â
6
Der Beklagte beantragt, die Urteile des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 26. Februar 2020 und des Sozialgerichts Berlin vom 28. August 2019 aufzuheben und die Klage abzuweisen.
Â
7
Die Klägerin beantragt, die Revision zurýckzuweisen.
Â
8
Sie hält die Entscheidung des Berufungsgerichts fýr zutreffend.
Â
II
Â
9
A) Nachdem der 13. Senat, der die Revision mit Beschluss vom 22.3.2021 zugelassen hat, durch Erlass des Bundesministers fýr Arbeit und Soziales vom 24.6.2021 geschlossen wurde (<i>vglÂ</i> § 202 Satz 1 SGG <i>iVmÂ</i> § 130 Abs 1 Satz 2 GVG), ist nach dem Geschäftsverteilungsplan des BSG für das Verfahren nunmehr der 5. Senat zuständig.
Â
10
B) Die zulässige Revision hat in der Sache keinen Erfolg (§ 170 Abs 1 Satz 1 SGG). Die Vorinstanzen haben zu Recht entschieden, dass der Beklagte verpflichtet ist, der Klägerin die auf dem Versorgungsausgleich beruhenden Aufwendungen fýr Rentenleistungen an die Versicherte auch fýr die Jahre 2004 bis 2012 zu erstatten. Die entsprechenden Erstattungsansprýche sind weder verjährt noch

verwirkt.

Â

11

1. Rechtsgrundlage der Ķffentlich-rechtlichen Erstattungsansprļche für die Jahre 2004 bis 2012 ist <u>§Â 225 Abs 1 Satz 1 SGBÂ VI</u> (in der seit dem 1.1.1992 unverändert geltenden Fassung des Rentenreformgesetzes 1992 vom 18.12.1989, BGBI I 2261). Danach werden die Aufwendungen des Trägers der Rentenversicherung aufgrund von Rentenanwartschaften, die durch Entscheidung des Familiengerichts begrļndet worden sind, von dem zustĤndigen TrĤger der Versorgungslast erstattet. Der Anspruch ist nach <u>§Â 225 Abs 2 Satz 2 SGBÂ VI</u> ausgeschlossen und wird nach Abså 2 Satzå 1 aaO durch einen Anspruch auf Beitragszahlung ersetzt, sofern der Monatsbetrag der durch die Entscheidung des Familiengerichts begründeten Rentenanwartschaft 1Â vom Hundert der bei Ende der Ehezeit maÄ∏geblichen monatlichen BezugsgrĶÄ∏e (vgl §Â 18 SGB IV) nicht übersteigt. Ein solcher â∏Bagatellfallâ∏ liegt hier nicht vor. Die vom Amtsgericht (Familiengericht) ýbertragene Rentenanwartschaft iHv 1395,15 DM überschritt den Wert von 1Â vom Hundert der zum Ende der Ehezeit (vgl §Â 1587 Abs 2 BGB in der bis zum 31.8.2009 geltenden Fassung; nunmehr <u>§Â 3 Abs 1 VersAusglG</u>) im Jahr 1999 maà geblichen monatlichen BezugsgröÃ \square e (4410Â DM â \square \square vgl §Â 2 Abs 1 der Sozialversicherungs-Rechengr \tilde{A} ¶ \tilde{A} \square enverordnung 1999 vom 18.12.1998, BGBI \hat{A} I 3823), mithin den hier einschlägigen Grenzbetrag von 44,10 DM, deutlich.

Â

12

Den Wert der hier allein streitbefangenen Rentenleistungen, die in den Jahren 2004 bis 2012 an die Versicherte gezahlt wurden und auf Anwartschaften aus dem durchgefýhrten Versorgungsausgleich beruhten, hat die Klägerin im Anforderungsschreiben vom 4.1.2017 mit 89 016,34 Euro beziffert. Der Beklagte stellt die auch vom LSG in seiner Entscheidung in dieser Höhe zugrunde gelegte Forderung (vgl §Â 163 SGG) nicht in Frage, sondern beruft sich insoweit ausschlieÃ∏lich auf Verjährung und Verwirkung.

Â

13

2. Dem Beklagten steht kein Recht zur Leistungsverweigerung wegen VerjĤhrung der streitbefangenen Ansprüche zu (vgl §Â 214 Abs 1 BGB). Die Erstattungsansprüche der Klägerin für die von ihr in den Jahren 2004 bis 2012 an die Versicherte erbrachten Rentenleistungen sind nicht verjährt. Zwar hat der Beklagte als Reaktion auf die Anforderung des Erstattungsbetrags bereits mit dem am 27.11.2017 bei der Klägerin eingegangenen Schreiben vom 6.10.2017 die

Einrede der VerjĤhrung erhoben. Weder zu diesem Zeitpunkt noch bei Klageerhebung (vgl §Â 204 Abs 1 Nr 1 BGB) war aber VerjĤhrung eingetreten.

Â

14

a) Für die auf <u>§Â 225 Abs 1 SGB VI</u> beruhenden Erstattungsansprüche bestimmte <u>§Â 2 Abs 4 Satz 1Â VAErstV</u>Â in der bis zum 30.6.2020 geltenden Normfassung (aF), dass die VerjĤhrung vier Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres eintritt, in dem der Erstattungsanspruch fÄxllig geworden ist. Die FÄxlligkeit des Anspruchs tritt gemäÃ∏ <u>§Â 2 Abs 3 VAErstV</u> (in der auch heute noch geltenden Fassung) sechs Monate nach Eingang der Erstattungsforderung beim zustÄxndigen Träger der Versorgungslast ein. Nach <u>§Â 2 Abs 1Â VAErstV</u> soll der RentenversicherungstrÄzger die zu erstattenden Aufwendungen innerhalb von vier Kalendermonaten nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Aufwendungen entstanden sind, feststellen und vom zustĤndigen TrĤger der Versorgungslast anfordern. Aufgrund dieses Regelungsgeflechts trat die VerjĤhrung der Erstattungsansprüche frühestens vier Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres ein, in dem der RentenversicherungstrĤger die Erstattung angefordert hatte. Die Erstattungsansprüche waren danach aufgrund des Anforderungsschreibens der KIägerin vom 4.1.2017 im Juli 2017 fällig. Damit begann die vierjährige VerjÄxhrungsfrist am 1.1.2018 zu laufen und war noch nicht verstrichen, als die Klageerhebung vor dem SG im Oktober 2018 dazu fÃ1/4hrte, dass die VerjÃxhrung gehemmt wurde (vgl §Â 2 Abs 4 Satz 2 VAErstV iVm §Â 204 Abs 1 Nr 1 iVm <u>§Â 209 BGB</u>).

Â

15

b) Eine einschrĤnkende Auslegung der Regelung zum Beginn der VerjĤhrung in <u>§Â 2 Abs 4 Satz 1 VAErstV</u> aF, wie der Beklagte sie fordert, ist nicht mĶglich.

Â

16

aa) Der Wortlaut der Vorschrift ist eindeutig. Sie knüpft den Beginn der Verjährung an den Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Erstattungsanspruch â∏fällig geworden istâ∏. Die Fälligkeit des Anspruchs wiederum tritt nach §Â 2 Abs 3 VAErstV sechs Monate nach Eingang der Erstattungsanforderung beim zuständigen Träger der Versorgungslast ein. Eine Interpretation in dem Sinne, dass nicht die von einer Handlung des Rentenversicherungsträgers abhängige Fälligkeit des Erstattungsanspruchs den Beginn der Verjährungsfrist auslöst, sondern die Kenntnis des Rentenversicherungsträgers vom Bestehen des Anspruchs, würde die vom Normgeber getroffene Regelung durch eine wesensmäÃ∏ig andere Regelung ersetzen (zu den Grundsätzen der Auslegung

s zB BSG Urteil vom 16.6.2021 â∏∏ <u>B 5 RE 5/20 R</u> â∏∏ BSGE 132, 198 = SozR 4â∏∏2400 §Â 26 Nr 5, RdNr 33 mwN).

Â

17

bb) Es liegen zudem keine Anhaltspunkte dafür vor, dass der Normtext einen redaktionellen Fehler enthält, weil der Normgeber in Wahrheit eine andere Regelung habe treffen wollen.

Â

18

(1) Aus der Begründung der Bundesregierung zum Entwurf der VAErstV, die hinsichtlich der Regelungen zur FÄxlligkeit und VerjÄxhrung in §Â 2 Abs 3 und 4 <u>VAErstV</u> gemeinsam erfolgte (vgl BR \hat{a} \square Drucks 646/01 S \hat{A} 8), ergibt sich kein Hinweis darauf, dass abweichend vom Wortlaut der Norm für den Beginn der VerjĤhrung auf die Kenntnis des RentenversicherungstrĤgers vom Bestehen des Erstattungsanspruchs abgestellt werden sollte. Dies folgt auch nicht aus den Ausführungen in der Begründung, dass die Verjährungsregelung in Abs 4 aaO der in <u>§Â 113 SGB X</u> enthaltenen Verjährungsvorschrift entspreche. Entgegen der Ansicht des Beklagten weicht die Regelung zum Verjäknrungsbeginn in § Â 2 Abs 4 Satz 1 VAErstVÂ aF nicht grundsÃxtzlich von den Vorgaben in §Â 113 SGB X ab, sondern konkretisiert diese für ihren spezifischen Anwendungsbereich (vgl auch <u>§Â 37 Satz 1 SGBÂ I</u>). Der Verordnungsgeber hat unverĤndert eine vierjĤhrige VerjĤhrungsfrist übernommen und lediglich deren Beginn an die besonderen UmstĤnde der Erstattungskonstellation sinngemäÃ∏ angepasst. Vereinzelt in der Literatur formulierte Zweifel, ob damit einer Entscheidung des BSG (vgl BSG Urteil vom 1.8.1991 â∏∏ <u>6Â RKa 9/89</u>Â â∏∏ BSGEÂ 69, 158, $162 = \hat{A} \frac{\text{SozR } 3\hat{a} \Pi \Pi 1300 \hat{A} \hat{s} \hat{A} 113 \text{ Nr } 1 \text{ } S\hat{A} 4\hat{A} \text{ } f) \text{ GenÃ} \frac{1}{4}\text{ge getan sei,}$ sind nicht berechtigt (s dazu Reinhard in Ruland/Dünn, GKâ∏∏SGB VI, §Â 225 RdNr 22, Stand der Einzelkommentierung November 2014; Fichte in Hauck/Noftz, SGB VI, K §Â 225 RdNr 11, Stand der Einzelkommentierung Dezember 2016).

Â

19

Nach der ab dem 1.1.2001 geltenden Neufassung des <u>ŧÅ 113 AbsÅ 1 SatzÅ 1 SGBÅ X</u> (idF von Art 10 Nr 8 des 4. Euro-Einfýhrungsgesetzes vom 21.12.2000, <u>BGBlÅ I 1983</u>) beginnt die Verjährung von ErstattungsansprÃ⅓chen mit Kenntnis des erstattungsberechtigten Leistungsträgers â∏von der Entscheidung des erstattungspflichtigen Leistungsträgers Ã⅓ber dessen Leistungspflichtâ∏. FÃ⅓r eine solche Entscheidung des Trägers der Versorgungslast gegenÃ⅓ber dem Rentenberechtigten (vgl dazu Becker in Hauck/Noftz, SGB X, K §Â 113 RdNr 20 iVm K §Â 111 RdNr 52, Stand der

Einzelkommentierungen Dezember 2013) ist im Fall der Erstattung von Rentenleistungen nach §Â 225 Abs 1 Satz 1 SGBÂ VI kein Raum (zu der dadurch entstandenen Problematik vgl Becker aaO K §Â 113 RdNr 22Â ff). Deshalb hat der Verordnungsgeber fýr die spezifische Erstattungskonstellation des §Â 225 Abs 1 SGB VI für den Verjährungsbeginn mittelbar daran angeknüpft, wann der Erstattungsanspruch gegenļber dem TrĤger der Versorgungslast geltend gemacht wird. Die konkrete Erstattungsforderung durch den RentenversicherungstrĤger (Erstattungsanforderung) geht der Erstattung notwendigerweise voraus (vgl Becker aaO K §Â 111 RdNr 51). Hierauf stellt die Verjährungsregelung in <u>§Â 2 Abs 4 Satz 1 VAErstV</u>Â aF ab, indem sie den VerjĤhrungsbeginn in AbhĤngigkeit von der FĤlligkeit des Erstattungsanspruchs bestimmt, deren Eintritt wiederum vom Eingang der Erstattungsanforderung bei dem zur Erstattung verpflichteten TrÄxger der Versorgungslast abhÄxngt. Es wird im Rahmen einer typisierenden Festlegung und in entsprechender Anwendung der Regelung des §Â 113 Abs 1 Satz 1Â SGBÂ X davon ausgegangen, dass der Erstattungspflichtige eine Entscheidung über seine Zahlungspflicht bis dahin getroffen hat und dies dem erstattungsberechtigten RentenversicherungstrĤger auch zur Kenntnis gelangt ist.

Â

20

(2) Aus der Neuregelung des §Â 2 Abs 4 Satz 1 VAErstV durch Art 21 des Siebten Gesetzes zur ̸nderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (7. SGBÂ IVâ $\Pi\Pi$ Ã Π ndG vom 12.6.2020, BGBIÂ I 1248) mit Wirkung ab dem 1.7.2020 ergibt sich nichts anderes. Nunmehr verjäxhrt der Erstattungsanspruch des TrÃxgers der Rentenversicherung in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Aufwendungen angefordert werden sollen. Mithin ist die VerjĤhrung des Erstattungsanspruchs nach der ab dem 1.7.2020 geltenden Normfassung nicht mehr von einer Handlung des RentenversicherungstrĤgers abhĤngig, sondern nur noch vom Ablauf eines bestimmten Zeitraums. Die nur aus einem Satz bestehende Begründung zur Neuregelung des Verjährungsbeginns in §Â 2 Abs 4 Satz 1 VAErstV nF (vgl BTâ∏Drucks 19/17586 S 130 â∏ zu Art 21: $\hat{a} \cap Durch die \tilde{A} \cap derung wird eine Verfahrensbeschleunigung sichergestellt<math>\hat{a} \cap D$ lÄxsst nicht erkennen, dass der Gesetzgeber damit einen redaktionellen Fehler des Verordnungsgebers bereinigen und die Regelung in dem Sinne klarstellen wollte, dass es fýr den Beginn der Verjährung auf die Kenntnis des RentenversicherungstrĤgers vom Bestehen eines Erstattungsanspruchs ankommt. Der Gesetzgeber stellt in <u>§Â 2 Abs 4 Satz 1 VAErstV</u> nF für den Beginn der VerjĤhrung auf einen gĤnzlich anderen Umstand ab, nĤmlich den Ablauf des Kalenderjahres, in dem die zu erstattenden Aufwendungen hÄxtten angefordert werden sollen. Inwiefern â∏ wie der Beklagte vorträgt â∏∏ wegen dieser â∏Novellierungâ∏ die Grundlage für eine am Wortlaut orientierte Auslegung der ursprünglichen Normfassung verloren gegangen sein könnte, erschlieÃ∏t sich dem Senat nicht.

Â

Eine Anwendung der Neufassung des <u>§Â 2 Abs 4 Satz 1 VAErstV</u> kommt nach den GrundsÄxtzen des intertemporalen Rechts fļr den hier zu beurteilenden Sachverhalt nicht in Betracht (aAÂ offenbar LSG Berlin-Brandenburg Urteil vom 24.2.2022 â∏ \hat{A} LÂ $17\hat{A}$ R $534/19\hat{A}$ â∏ \hat{A} juris RdNr $25\hat{A}$ ff). Da spezielle Regelungen zum zeitlichen Anwendungsbereich der Neuregelung fehlen und Art 28 Abs 1 des 7. SGB IVâ∏Ã∏ndG lediglich das Inkrafttreten zum 1.7.2020 bestimmt, sind die in Art 169 EGBGB enthaltenen Regelungen für den Fall einer Ã∏nderung von VeriĤhrungsvorschriften entsprechend heranzuziehen. In dieser Bestimmung anlĤsslich des Inkrafttretens des BGB zum 1.1.1900 findet ein Rechtsgedanken seinen Niederschlag, der wegen seiner Allgemeingļltigkeit fļr den Fall fehlender spezieller Vorschriften als â∏intertemporales Verjährungsrechtâ∏ auch bei anderen GesetzesĤnderungen maÄ∏geblich ist (vgl BGH Urteil vom 22.2.1979 29.1.1982 $\hat{a} \sqcap \sqcap \hat{A} \lor \hat{A} \lor R \lor 157/81 \hat{A} \land \hat{a} \sqcap \sqcap 1982, 2385, 2386 = \hat{A} juris RdNr \hat{A} \lor 9 mwN;$ BGH Urteil vom 15.12.2005 â∏ <u>IÂ ZR 9/03</u>Â â∏ NJWâ∏RR 2006, 618 =Â juris RdNr 16 ff; s auch J. Höhnle/U. Höhnle in Staudinger, BGB, Art 169 EGBGB RdNr 3, Stand der Einzelkommentierung 31.5.2021). Hiernach findet für die bei Inkrafttreten der Neuregelung entstandenen und noch nicht veriĤhrten Ansprüche grundsÃxtzlich das neue Recht Anwendung (vgl Art 169 Abs 1 Satz 1 EGBGB). Der Beginn sowie die Hemmung und Unterbrechung der VeriĤhrung fļr die Zeit vor Inkrafttreten der Neuregelung bestimmt **sich** nach den bisherigen Gesetzen (vgl Art 169 Abs 1 Satz 2Â EGBGB; entsprechend auch Art 229 <u>§Â 6 Abs 1 Satz 2 EGBGB</u> speziell zu den Ã∏nderungen durch das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz und Art 231 §Â 6 Abs 1 Satz 2 EGBGB zu $\tilde{A} \square nderungen bei Herstellung der deutschen Einheit). Nach dem danach f<math>\tilde{A}^{1}/4$ r den Verjährungsbeginn maÃ∏geblichen â∏∏Stichtagsprinzipâ∏∏ kommt es auf das neue Recht nur an, wenn die Verjäknrung bis zu diesem Stichtag noch nicht begonnen hatte (vgl Ellenberger in Palandt, BGB, 78. Aufl 2019, Art 229 §Â 6 EGBGB RdNr 4; Möller, WM 2008, 476, 478; zur Problematik s auch die Motive zu Art 102 EGBGB SÂ 251: â∏∏Wie angemessen, ja nothwendig eine solche Regelung ist, erhellt sofort, wenn der Fall ins Auge gefa̸t wird, daÃ∏ das neue Gesetz den Beginn der VeriĤhrung an einen wesentlich früheren Zeitpunkt knüpft als das bisherige Recht; . Wýrde der Beginn der Verjährung nach dem neuen Rechte beurtheilt, so könnte die Verjährung unter Umständen schon zur Zeit des Inkrafttretens des neuen Gesetzes als beendigt angesehen werden müssen, während dieselbe, wenn es bei dem bisherigen Rechte verblieben wäre, noch Iängere Zeit zu laufen gehabt hätte.â∏∏).

Â

22

cc) Schlieà lich ergibt sich aus dem Sinn und Zweck der Regelungen in <u>§Â 2</u> <u>VAErstV</u> kein hinreichender Grund dafà 4r, die Vorschrift zum Verjà knungsbeginn in <u>§Â 2 Abs 4 Satz 1 VAErstV</u> aF entgegen ihrem klaren Wortlaut auszulegen (zur Auslegung unter besonderer Berà 4cksichtigung des Sinns und Zwecks einer

Norm vgl zB BVerfG Beschluss vom 19.6.1973 â∏ <u>1 BvL 39/69</u> ua â∏∏ BVerfGEÂ 35, 263, 278Â $f = \hat{A}$ juris RdNr 48Â f). Zwar hat der Normgeber in der Begründung ausgeführt, ein wesentliches Ziel der Regelung sei die â∏Beschleunigung des Erstattungsverfahrens durch die Verpflichtung der RentenversicherungstrĤger, die ErstattungsbetrĤge innerhalb von vier Kalendermonaten nach Ablauf eines Kalenderjahres zu berechnen und dem TrĤger der Versorgungslast gegenüber geltend zu machenâ∏ (vgl BRâ∏Drucks 646/01 SÂ 5 â \square \square Allgemeiner Teil; Ãxhnlich SÂ 9Â â \square \square zu §Â 2: â \square \square Die Vorschrift soll insgesamt einer Verfahrensbeschleunigung dienenâ∏). Aus dieser Begründung wird aber auch ersichtlich, dass er dieses Ziel hauptsÄxchlich mit der Regelung in <u>§Â 2 Abs 1Â VAErstV</u> erreichen wollte. Hingegen kam es dem Normgeber in Bezug auf die Bestimmung zur VerjĤhrung in <u>§Â 2 Abs 4 Satz 1 VAErstV</u>Â aF ganz wesentlich darauf an, in Ã\(\text{Dereinstimmung mit der herrschenden, auf der }\) Rechtsprechung des BSG beruhenden Meinung in der Literatur eine Regelung zu treffen, die die VerjĤhrungsvorschrift in §Â 113 SGB X sinngemĤÄ∏ zur Anwendung bringt (vgl BR \hat{a} \square Drucks 646/01 S \hat{A} 8 \hat{a} \square \square \hat{A} zu \hat{A} § \hat{A} 2 Abs \hat{A} 3 und \hat{A} 4). Das wĤre bei der vom Beklagten befĽrworteten Vorgehensweise, für den Beginn der VerjĤhrung auf die Kenntnis des RentenversicherungstrĤgers vom Bestehen eines Erstattungsanspruchs abzustellen, nicht mehr der Fall. Aus diesem Grund scheidet auch eine teleologische Reduktion des Wortlauts von <u>§Â 2 Abs 4</u> Satz 1 VAErstV aF in dem vom Beklagten gewünschten Sinne aus (zu den Voraussetzungen einer teleologischen Reduktion vgl zB BSG Urteil vom 26.9.2019 $\hat{a} \square \square \hat{A} \stackrel{\text{BA}}{=} 5 \stackrel{\hat{A}}{=} RS 1/19 \stackrel{\hat{A}}{=} R \hat{A} \stackrel{\hat{a}}{=} \square SozR 4 \stackrel{\hat{a}}{=} \square 8570 \stackrel{\hat{A}}{=} N \stackrel{\hat{a}}{=} N \stackrel{\hat{a}}{=} 10 RdNr \stackrel{\hat{A}}{=} 20 mwN).$

Â

23

c) <u>§Â 2 Abs 4 Satz 1 VAErstV</u> aF in der vom Senat für geboten erachteten wortlautgetreuen Auslegung verletzt kein höherrangiges Recht.

Â

24

aa) Die untergesetzliche Regelung durch Rechtsverordnung der Bundessregierung ist in formeller Hinsicht nicht zu beanstanden. Insbesondere ist dem Zitiergebot des Art 80 Abs 1 Satz 3 GG Genüge getan. Die VAErstV aF vom 9.10.2001 hat in ihrer Eingangsformel zutreffend §Â 226 Abs 1 SGB VI als Rechtsgrundlage angegeben (anders zur VAErstV vom 11.3.1980 für die Zeit ab 1.1.1992: BSG Urteil vom 9.11.1999 â∏ B 4 RA 16/99 R â∏ SozR 3â∏2600 §Â 225 Nr 2 SÂ 32Â $f = \hat{A}$ juris RdNr 53 und dazu BSG Urteil vom 3.4.2003 â∏ B 13 RJ 29/02 R â∏ SozR 4â∏2600 §Â 225 Nr 1 RdNr 6 ff). Die entsprechend Art 80 Abs 2 vorletzter Satzteil GG in §Â 226 Abs 1 SGB VI vorgesehene Zustimmung des Bundesrats wurde in dessen 767. Sitzung am 27.9.2001 erteilt (vgl BRâ∏Drucks 646/01 ; zur im Ausschuss für Arbeit und Sozialpolitik einstimmig gefassten Beschlussempfehlung s Niederschrift der 695. Sitzung vom 13.9.2001 SÂ 57).

Â

25

bb) Die hier relevante Regelung zur VerjĤhrung der Erstattungsansprüche aufgrund eines Versorgungsausgleichs in <u>§Â 2 VAErstV</u> aF ist durch die ErmĤchtigungsgrundlage in <u>§Â 226 Abs 1 SGB VI</u> gedeckt. Danach ist die Bundesregierung ermĤchtigt, durch Rechtsverordnung â∏das Nähere über die Berechnung und Durchführung der Erstattung von Aufwendungen durch den Träger der Versorgungslastâ∏ zu bestimmen. Das umfasst auch Regelungen zur Verjährung.

Â

26

(1) Die ErmÃxchtigungsgrundlage in <u>§Â 226 Abs 1 SGBÂ VI</u> ist nach Inhalt, Zweck und Ausmaà der dem Verordnungsgeber gestatteten Regelungen hinreichend bestimmt (vgl Art 80 Abs 1 Satz 2Â GG und hierzu zB BVerfG Urteil vom 19.9.2018 â∏ <u>2 BvF 1/15</u> ua â∏ <u>BVerfGE 150, 1</u> RdNr 201Â ff). Welche Anforderungen an die Bestimmtheit der ErmĤchtigungsnorm im Einzelnen zu stellen sind, ist von der Eigenart des zu regelnden Sachverhalts und der Intensität der Auswirkungen der Regelung für die Betroffenen abhängig (vgl BVerfG Beschluss vom 21.9.2016 â∏∏ 2 BvL 1/15 â∏∏ BVerfGE 143, 38 RdNr 56Â f). Die Vorschriften der VAErstV, die die Art und Weise der Erstattung zwischen den TrĤgern der Rentenversicherung und den TrĤgern der Versorgungslast ausgestalten, richten sich regelmäÃ∏ig an öffentlich-rechtliche VerwaltungstrĤger (zu unter besonderen UmstĤnden mĶglichen Ausnahmen vgl BSG Urteil vom 21.3.2018 â∏∏ <u>B 13 R 17/15 R</u> â∏∏ SozR 4â∏∏2600 §Â 225 Nr 3 RdNr 26 f). Da das in §Â 226 Abs 1 SGBÂ VI intendierte untergesetzliche Normprogramm die Grundrechtsausübung nicht tangiert, müssen in Bezug auf die Bestimmtheit keine besonders hohen Anforderungen erfA¹/₄llt sein (vgl zur Bestimmung der Anforderungen je nach Grundrechtsrelevanz BVerfG Beschluss vom 21.4.2015 â∏ 2 BvR 1322/12 ua â∏ BVerfGE 139, 19 RdNr 55).

Â

27

Der in §Â 226 Abs 1 SGB VI verwendete Begriff â Durchführung der Erstattungâ ist in diesem Sinne hinreichend bestimmt. Die Auslegung gesetzlicher Vorgaben ist eine anerkannte Aufgabe der Rechtsanwendungsorgane, mithin auch der untergesetzlichen Normgeber (vgl BVerfG Urteil vom 19.9.2018 â D 2 BVF 1/15 ua â BVErfGE 150, 1 RdNr 203, 205). Die nähere Bestimmung des damit vom Gesetzgeber umschriebenen Normprogramms lässt sich durch Auslegung und dabei insbesondere aus dem Zweck, der Vorgeschichte und dem Sinnzusammenhang der Regelungen in den §Â§Â 225, 226 SGB VI erschlieà en. Das Gesetz überantwortet dem Verordnungsgeber die Ausgestaltung der im

Zusammenhang mit der Erstattung nach <u>ŧÅ 225 SGBÅ VI</u> erforderlichen Regelungen. Zur <u>å</u> DurchfĽhrung der Erstattungå A gehĶren danach alle Vorschriften, die die Abwicklung der gesetzlich begrľndeten Erstattungszahlungen bis zu ihrem Eingang beim RentenversicherungstrĤger steuern und konkretisieren. Davon sind Bestimmungen zur FĤlligkeit des Erstattungsanspruchs ebenso umfasst wie VerjĤhrungsvorschriften, die normieren, unter welchen UmstĤnden und nach welchem Zeitablauf dem Erstattungsschuldner ein Leistungsverweigerungsrecht zusteht (ohne Begrľndung Zweifel andeutend Kater in Kasseler Komm, <u>ŧÅ 225Å SGBÅ VI</u> RdNrÅ 12, Stand der Einzelkommentierung Juni 2014; Reinhard in Ruland/Dľnn, GKå SGBÅ VI, ŧÅ 225 RdNrÅ 22, Stand der Einzelkommentierung November 2014).

Â

28

(2) Die Regelung in <u>§Â 2 Abs 4 Satz 1 VAErstV</u> aF zur Verjährung der Erstattungsansprüche nach <u>§Â 225 Abs 1 SGB VI</u> in Anknüpfung an deren FÃxlligkeit nach Anforderung durch den ErstattungsglÃxubiger (vgl §Â 2 Abs 1 und 3 VAErstV) hÃxlt sich innerhalb der von der ErmÃxchtigungsgrundlage gezogenen Grenzen (vgl zu diesem PrÃ1/4fungspunkt BVerfG Urteil vom 19.9.2018 $\hat{a} \square \hat{A} = \hat{A} + \hat{A} +$ vom Gesetzgeber in <u>§Â 226 Abs 1Â SGBÂ VI</u> vorgegebene Normprogramm, das Nähere über die Berechnung und Durchführung der Erstattung von Aufwendungen durch den TrÄxger der Versorgungslast zu regeln, nicht hinaus (s oben unter). Für die Ansicht des Beklagten, <u>§Â 226 Abs 1 SGBÂ VI</u> ermÃxchtige lediglich dazu, NÃxheres insoweit zu regeln, als es nicht bereits anderweitig â∏∏ insbesondere in §Â§Â 111 und 113 SGB X â∏∏ geregelt sei, findet sich weder im Wortlaut der Norm noch in den Gesetzesmaterialien irgendein Anhaltspunkt. Die Begründung zu der unverändert als <u>§Â 226 SGBÂ VI</u> Gesetz gewordenen ErmÄxchtigungsnorm im Entwurf des RRG 1992 verweist nur darauf, dass die Vorschrift dem bis dahin geltenden Recht entspreche (vgl BTâ∏□Drucks $11/4124 S \hat{A} 195 \hat{a} \square \square \hat{A} zu \hat{A} \hat{A} 221$). Auch die Entstehungsgeschichte der vor Inkrafttreten des SGB VI einschlĤgigen ErmĤchtigungsgrundlage in Art 4 des Gesetzes zur Änderung beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften vom 14.6.1976 (BGBI I 1477) ist insoweit unergiebig (s dazu BSG Urteil vom 9.11.1999 RdNr 51).

Â

29

cc) Die spezielle untergesetzliche Bestimmung zum Beginn der Verjährung in §Â 2 Abs 4 Satz 1 VAErstV aF verstöÃ∏t nicht gegen die gesetzliche Verjährungsregelung in § 113 Abs 1 SGB X. Diese Norm ist schon nach der Ã∏berschrift des Zweiten Abschnitts des Dritten Titels des Dritten Kapitels des SGB X (â∏Erstattungsansprüche der Leistungsträger untereinanderâ∏) auf

die Rechtsbeziehungen zwischen einem RentenversicherungstrĤger und einem TrĤger der Versorgungslast nicht anwendbar, denn Letztgenannter ist kein LeistungstrĤger iS von §Â 12, §Â§Â 18 bis 29 SGB I. Auch §Â 113 Abs 1 Satz 1 SGB X setzt fþr seine originäre Anwendung eine Rechtsbeziehung zwischen einem erstattungsberechtigten Leistungsträger (zB dem Rentenversicherungsträger, vgl §Â 23 Abs 2 SGB I) und einem erstattungspflichtigen â□□Leistungsträgerâ□□ voraus und erfasst damit nicht Ansprþche nach §Â 225 SGB VI gegen einen Träger der Versorgungslast (vgl BSG Urteil vom 14.3.2006 â□□ B 4 RA 8/05 R â□□ SozR 4â□□2600 §Â 225 Nr 2 RdNr 25; s dazu auch Becker in Hauck/Noftz, SGB X, K Â§Â 113 RdNr 11, Stand der Einzelkommentierung Dezember 2013; Kater in Kasseler Komm, §Â 102 SGB X, RdNr 11, Stand der Einzelkommentierung Juni 2019; Roller in Schütze, SGB X, 9. Aufl 2020, §Â 113 RdNr 4).

Â

30

Für die von dem Beklagten begehrte analoge Anwendung der Regelungen in $\frac{\hat{A}\$\hat{A}}{113} \frac{113}{113} \frac{113}{113$

Â

31

dd)Â Die Regelung in \hat{A} §Â 2 Abs 4 Satz 1 VAErstV aF widerspricht auch nicht dem Gebot der Rechtssicherheit als wesentlichem Bestandteil des in Art 20 Abs 3Â GG verankerten Rechtsstaatsprinzips (vgl dazu BVerfG Beschluss vom 5.3.2013 $\hat{A} = \hat{A} = \hat{A}$

Â

32

Der Beklagte sieht das Gebot der Rechtssicherheit dadurch verletzt, dass die Ankn \tilde{A}^{1}_{4} pfung des Verj \tilde{A} ¤hrungsbeginns in $\hat{\underline{A}}$ \$\tilde{A}\$\$\frac{2}{2}\$\$ Abs \hat{A} \$\$\frac{4}{2}\$\$ Satz \hat{A} \$\$\frac{1}{2}\$\$ VAErstV \hat{A} \$\$ aF an die

Fälligkeit und mittelbar an die Erstattungsanforderung durch den Gläubiger des Anspruchs diesem ermögliche, den Eintritt der Verjährung durch Nichtstun â∏in die faktische Unendlichkeit hinauszuzögernâ∏. Mit dieser einseitig nur für Rentenversicherungsträger geschaffenen Gestaltungsmöglichkeit könnten Ansprüche auch noch nach Jahrzehnten geltend gemacht werden, was den Eintritt von Rechtsfrieden dauerhaft vereitele und dem Interesse an der Ã∏berschaubarkeit der öffentlichen Haushalte zuwiderlaufe.

Â

33

Es bedarf hier keiner Vertiefung, ob sich auch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts wie der Beklagte auf das vom BVerfG ausdrýcklich fýr die Bürgerinnen und Bürger aus Art 2 Abs 1 GG iVm dem Gebot der Rechtssicherheit hergeleitete Gebot der Belastungsgleichheit und â∏vorhersehbarkeit berufen kann ($vgl\ BVerfG\ Beschluss\ vom\ 26.11.2018\ â∏ 1 BVR 318/17 ua â∏ NJW 2019. 351 RdNr 25 = juris RdNr 26 mwN; zur Problematik im Zusammenhang mit dem Rückwirkungsverbot s auch BSG Urteil vom 30.10.2019 â∏ B 6 KA 9/18 R â∏ BSGE 129, 220 = SozR 4â∏2500 §Â 106a Nr 25 RdNr 23 ff). Jedenfalls wäre eine Regelung, die den Beginn der Verjährung eines Anspruchs ausschlieÃ∏lich von einer Handlung des Gläubigers abhängig macht, allenfalls dann unter dem Aspekt der Rechtssicherheit bedenklich, wenn der Schuldner keine eigene Möglichkeit hat, den Verjährungsbeginn herbeizuführen (<math>vgl\ BVerfG\ Beschluss\ vom\ 21.7.2016\ â∏∏ 1 BVR\ 3092/15 â∏∏ juris RdNr 11 ff).$

Â

34

Eine solche MĶglichkeit stand dem Beklagten nach dem auch im Sozialrecht anwendbaren Grundsatz von Treu und Glauben (§Â 242 BGB â∏ vgl hierzu zB BSG Urteil vom 3.2.2022 â∏ B 5 R 34/21 R â∏ juris RdNr 24 mwN, zur VerĶffentlichung in SozR 4 vorgesehen) jedoch zur Verfügung. Der BGH hat etwa zu einer Fallgestaltung, in der der Beginn der VerjĤhrung einer Honorarforderung von der Vorlage einer prļffĤhigen Schlussrechnung durch den Architekten abhing, auf die MA¶glichkeit hingewiesen, dass der Schuldner dem GlĤubiger eine angemessene Frist zur Rechnungsstellung setzt. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist kA¶nne der Architekt nach Treu und Glauben fA¼r die Frage der VerjĤhrung so behandelt werden, als ob die Rechnung innerhalb der Frist vorgelegt worden wäre (vgl BGH Urteil vom 21.6.2001 â∏∏ VIIÂ ZR 423/99 â∏∏ juris RdNr 10Â f mwN; zu Heizkostenabrechnungen bei WohnraummietverhĤltnissen vgl BGH Rechtsentscheid in Mietsachen vom 19.12.1990 â∏ VIIIÂ ARZ 5/90Â â∏ BGHZ 113, 188, 195Â $f = \hat{A}$ juris RdNr 18Â f, 20; s auch Peters/Jacoby in Staudinger, BGB, §Â 199 RdNr 17Â f). Auf Lösungsmöglichkeiten über <u>§Â 242 BGB</u> für den Fall, dass der Gläubiger eines Anspruchs wider Treu und Glauben die zur FÄxlligkeit fļhrende Rechnungserteilung unterlÄxsst, stellt der BGH auch in einer Entscheidung zur

VerjÃ×hrung der Vergýtungsforderung eines Stromlieferanten ab ($vgl\ BGH\ Urteil\ vom\ 17.7.2019\ \hat{a} \square \hat{A}\ VIIIÂ\ ZR\ 224/18Â \ \hat{a} \square \square\ juris\ RdNrÂ\ 31$).

Â

35

Hier hatte der Beklagte bereits aufgrund der vorangegangenen Erstattungsanforderung der Klä¤gerin fä½r die Jahre 2001 bis 2003 Kenntnis davon, dass weitere Erstattungsansprä¼che aus dem durchgefä¼hrten Versorgungsausgleich entstehen dä¼rften. In dem vom Beklagten angefä¼hrten Interesse der Ä□berschaubarkeit seines Haushalts und zur zeitnahen Herstellung von Rechtssicherheit wä¤re es ihm nach ergebnislosem Ablauf des in â§å 2 Abså 1 VAErstV genannten Zeitraums jederzeit mä¶glich und auch zumutbar gewesen, der Klä¤gerin eine angemessene Frist zur Bezifferung der jeweils entstandenen Erstattungsforderung zu setzen und dadurch auf die Durchsetzbarkeit der Forderung Einfluss zu nehmen.

Â

36

3. Hinsichtlich der Erstattungsanspr \tilde{A}^{1} 4che der Kl \tilde{A} $^{\mu}$ gerin f \tilde{A}^{1} 4r die von ihr in den Jahren 2004 bis 2012 an die Versicherte erbrachten Rentenleistungen ist auch keine Verwirkung eingetreten.

Â

37

Das im bürgerlichen Recht als Ausprägung des Grundsatzes von Treu und Glauben (§Â 242 BGB) entwickelte Rechtsinstitut der Verwirkung ist grundsÃxtzlich auch im Sozialrecht anerkannt. Danach entfÄxllt eine Leistungspflicht, wenn der Berechtigte die Ausübung seines Rechts während eines längeren Zeitraums unterlassen hat und weitere besondere UmstÄxnde hinzutreten, die nach den Besonderheiten des Einzelfalles und des in Betracht kommenden Rechtsgebietes das verspÄxtete Geltendmachen des Rechts nach Treu und Glauben dem Verpflichteten gegenüber als illoyal erscheinen lassen. Solche die Verwirkung auslĶsenden besonderen UmstĤnde liegen vor, wenn der Verpflichtete infolge eines bestimmten Verhaltens des Berechtigten (Verwirkungsverhalten) darauf vertrauen durfte, dass dieser das Recht nicht mehr geltend machen werde (Vertrauensgrundlage), der Verpflichtete tatsAxchlich darauf vertraut hat, dass das Recht nicht mehr ausgeļbt wird (Vertrauenstatbestand) und sich infolgedessen in seinen Vorkehrungen und MaÄnnahmen (Vertrauensverhalten) so eingerichtet hat, dass ihm durch die verspĤtete Durchsetzung des Rechts ein unzumutbarer Nachteil entstehen würde (stRspr; vgl BSG Urteil vom 29.1.1997 â∏ <u>5Â RJ 52/94</u> $\hat{A} = \hat{A} =$ vom 19.11.2019 â⊓⊓ B 1 KR 10/19 R â∏⊓ SozR 4â∏⊓2500 §Â 109 Nr 80

RdNr 12; BSG Urteil vom 26.1.2022 â∏ B 6 KA 4/21 R â∏ juris RdNr 39, zur Veröffentlichung in SozRÂ 4 vorgesehen).

Â

38

Die KlĤgerin hat zwar ihre Erstattungsansprļche ab dem Jahr 2004 entgegen der Sollvorschrift in §Â 2 Abs 1 VAErstV fþr einen längeren Zeitraum gegenþber dem Beklagten nicht angefordert. Es fehlt aber, wie das LSG zutreffend ausgeführt hat, an einem besonderen Verwirkungsverhalten der Klägerin, aufgrund dessen der Beklagte darauf hAxtte vertrauen dA¼rfen, dass diese ihre AnsprÃ1/4che nicht mehr geltend machen werde. Der Beklagte sieht ein Verwirkungsverhalten der KlÄxgerin darin, dass diese nach der von ihm im Schriftsatz vom 6.10.2009 in Bezug auf eine andere Versicherte mitgeteilten Rechtsansicht zum Beginn der VerjĤhrung nicht mehr davon habe ausgehen dýrfen, er sei in anderen Verfahren mit einem Ruhen bis zum Abschluss eines Musterverfahrens einverstanden. Damit macht er jedoch nur geltend, die KlĤgerin hÃxtte seine abweichende Rechtsansicht zum Beginn der VerjÃxhrung kennen mýssen. Ein spezifisches Verwirkungsverhalten der Klägerin, das beim Beklagten ein berechtigtes Vertrauen dahingehend auslĶsen konnte, dass sie seiner Rechtsansicht nunmehr folge und in allen FĤllen entsprechend handele, kann darin nicht gesehen werden. Im RechtsverhĤltnis zwischen der KlĤgerin und dem Beklagten liegen schlieÃ⊓lich auch nicht die ganz speziellen Umstände vor, die den 6. Senat des BSG veranlasst haben, in einer besonderen Abrechnungskonstellation eine Verwirkung bereits dann anzunehmen, wenn eine zusÄxtzliche Pauschale nicht innerhalb eines Jahres nach Ablauf des jeweils betroffenen Jahres geltend gemacht wird (val BSG Urteil vom 10.5.2017 $\hat{a} \square \square \hat{A}$ BÅ 6Å KA 10/16Å RÅ $\hat{a} \square \square$ SozRÅ $4\hat{a} \square \square$ §Â 120 Nr 5 RdNr 34Â f).

Â

39

C) Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§Â 197a Abs 1 Satz 1 Teilsatz 3 SGG</u> iVm <u>§Â 154 Abs 2 VwGO</u> und dem Umstand, dass das Rechtsmittel des Beklagten erfolglos geblieben ist.

Â

Erstellt am: 01.09.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024